Der Digitalpakt ist mit dem Votum des Bundesrats vom 15. März beschlossene Sache, er soll voraussichtlich noch vor Ostern in Kraft treten. In seinem Rahmen sollen über einen Zeitraum von fünf Jahren insgesamt 5,5 Milliarden Euro in die digitale Ausstattung der allgemeinbildenden Schulen investiert werden. Für den Pädagogen, Medienwissenschaftler und Buchautor **Ralf Lankau** von der Hochschule Offenburg hat das Projekt eine neoliberale Stoßrichtung – mit dem Ziel der Privatisierung und Kommerzialisierung des Schulwesens sowie der Zurichtung von Kindern zu „Funktionsäffchen“. Das Gespräch führte **Ralf Wurzbacher**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/190318_Die_Digitalisierung_ist_ein_Experiment_an_unseren_Kindern_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Herr Lankau, es gibt ein „Forum Bildung Digitalisierung“, das unter anderem von der Bertelsmann Stiftung, der Deutsche Telekom Stiftung, der Robert Bosch Stiftung sowie der Dieter Schwarz Stiftung getragen wird. Auf seiner Webseite deklariert der „gemeinnützige Verein“, die Digitalisierung der Bildung biete „vielfältigen Mehrwert für das Lehren und Lernen. Sie kann unser Bildungssystem besser machen und positiv zu Bildungsgerechtigkeit und einer inklusiven Gesellschaft beitragen, in der jeder sein individuelles Potenzial besser entfalten kann.“ Das klingt ganz anders als das, was Sie sich vom durch Bund und Länder beschlossenen Digitalpakt erwarten: „Die De-Humanisierung von Schulen“. Was meinen Sie damit?

In Ihrem Zitat ist ja fast das gesamte Phrasenkonfetti gebündelt, mit dem die IT-Wirtschaft und ihre Lobbyisten seit über 30 Jahren um sich werfen. Es sind die üblichen Standardsprüche, die seit 1984 – seit der Einführung der Personal Computer in Schulen – mantramäßig wiederholt werden. Nur die jeweils vermeintlich „moderne und unbedingt für den Unterricht notwendige“ Technik ändert sich: vom PC zum Laptop, heute Tablets, demnächst sind es Virtual-Reality-Brillen, für die schon schulische Anwendungen entwickelt werden. Und immer sind die neuen Geräte angeblich zwingend für modernen Unterricht, würden die Motivation der Schülerinnen und Schüler und den Lernerfolg erhöhen. Es ist ein ständiges Déjà-vu.

Fangen wir doch von ganz vorne an. Was hat der PC im Unterricht gebracht oder nicht gebracht, was heute das Tablet noch besser machen soll?

Mal anders gefragt: Wem hat der Einsatz von PCs in Schulen denn etwas gebracht, außer den Hard- und Softwareanbietern? Und IT-Dienstleister haben die Geräte und Netzwerke konfiguriert, wenn das nicht ein Lehrer oder eine Lehrerin „nebenbei“ erledigt hat. Dazu hat es Microsoft geschafft, dass Schülerinnen und Schüler in etlichen Schulen in Office-Programmen geschult wurden. Was aber Tablets heute besser machen sollen, ist mir ein echtes Rätsel. Das sind ja keine ernsthaften Werkzeuge wie ein Laptop oder ein PC, die man mit entsprechender Hard- und Software nach den eigenen Anforderungen konfiguriert. Tablets sind vom technischen Konzept und der Bedienphilosophie her Unterhaltungselektronik für Erwachsene, wie es Apple-Gründer Steve Jobs mal formulierte. Sie sind dafür konzipiert, dass man sich „mal schnell online informieren“ oder medial mit Videos, Serien und Spielen sedieren lassen kann. Sinnvoll arbeiten kann man damit nicht. Die Arbeitsfläche ist viel zu begrenzt und das Arbeiten damit nicht ergonomisch, weder auf dem Tisch noch auf dem Schoß. Es fehlen Eingabegeräte wie Tastatur, Maus oder Joystick. Sinnvollerweise trennt man daher Medienkonsum und Unterhaltung vom Arbeiten, auch durch den Einsatz entsprechender Geräte. Das sollte auch in Schulen so konzipiert werden.

Das klingt so, als könnten Sie zumindest dem Einsatz von PCs oder Laptops im Unterricht durchaus etwas abgewinnen …

Ja klar, Digitaltechnik ist ein mächtiges und hilfreiches Werkzeug, wenn man weiß, was man damit macht und sich seine Umgebung so einrichtet, dass man selbst die Hoheit über die Daten und Anwendungen hat. Daher plädiere ich ja dafür, dass alle angehenden Lehrerinnen und Lehrer eine intensive Schulung im Einsatz aller möglichen Unterrichtsmedien bekommen, analogen wie digitalen. Nur dann können sie selbst entscheiden, in welchem Kontext ein Tafelbild oder ein Übungsblatt in ihrem Unterricht sinnvoll ist und wann und wofür genau eine App oder Übung am PC eingesetzt wird. Die Prämisse lautet aber immer: Lehrkräfte entscheiden über den Medieneinsatz. Da kann kein Rektor oder Kultusminister hineinreden. Das ist durch die Methodenfreiheit von Unterricht und Lehre übrigens im Grundgesetz verankert.

Und Sie glauben, auf dem Weg des Digitalpakts, in dessen Rahmen man die Schulen flächendeckend mit IT-Technologie ausstatten möchte, wird dieser Grundsatz ausgehebelt?

Die Grundfrage jeder pädagogischen Arbeit lautet: Was soll genau gelernt und verstanden werden? Die begleitenden Fragen sind: In welcher Schulform unterrichte ich, in welcher Altersstufe, welches Fach? Was sind meine konkreten Fachinhalte und wie können mich Medien dabei unterstützen? Das heißt: Wir müssen den Einsatz von Medien vom Unterrichtsziel und der konkreten sozialen Umgebung her denken und nicht von der Medientechnik her, wie dies zum Beispiel das Bundesbildungsministerium 2016 mit dem Sprüchlein propagierte: „Einmaleins und ABC – nur noch mit PC.“ So naiv technikgläubig und gegen jeden pädagogischen Sachverstand argumentiert ja nicht einmal der Branchenverband Bitkom, der das klar formulierte Ziel hat, Kinder möglichst früh an IT heranzuführen.

Deshalb: Ja, das entsprechende Lebensalter als Vorbedingung für logisches und technisches Verständnis vorausgesetzt, können bestimmte Anwendungen am PC oder Laptop ergänzend zum Präsenzunterricht, für Gruppenarbeit oder Selbstlernphasen eingesetzt werden. Dafür muss aber eine zweite Bedingung erfüllt sein: Es werden keine Daten von Schülerinnen und Schülern gespeichert und zu Lernprofilen transformiert. Das Sammeln personenbezogener Daten aber ist die notwendige Bedingung für die in der ersten Frage zitierte Phrase des „individualisierten“ Lernens. Individuelle Angebote kann eine Software nur berechnen, wenn personalisierte Daten erhoben werden und das System weiß, wer vor dem Display sitzt. Damit erweist sich die ganze Pseudodiskussion um die angeblich notwendige Digitalisierung für zeitgemäßen Unterricht als Ablenkungsmanöver vom eigentlichen Ziel: Schülerdaten zu erheben für das, was euphemistisch „datengestützte Schulentwicklung“ heißt, im Kern aber Big Data an Schulen ist.

Womit wir dann da wären, was Sie De-Humanisierung nennen?

Ja. Wir können in allen Bildungseinrichtungen den Paradigmenwechsel von der pädagogischen und am Menschen orientierten – und eben nicht messbaren – Arbeit zur kleinteiligen Leistungsvermessung und Kennzahlenfixierung beobachten. Dahinter stehen neoliberale Konzepte, die soziale Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime nicht nur privatisieren und kommerzialisieren wollen, sondern auch an abstrakten Kennzahlen ausrichten. Die Begriffe dafür sind Bildungs-Controlling und Qualitätsmanagement oder Total Quality Management. Die Methoden werden aus der produzierenden Industrie übernommen. Das Ergebnis ist eine Verbetriebswirtschaftlichung der sozialen Einrichtungen.

Das mutet verschwörerisch an, auf alle Fälle ist davon öffentlich nicht die

Rede. Wollen Sie sagen, dahinter steht ein politischer Wille, ein konkreter Plan, betrieben durch Regierungen und Parteien?

Durchaus. Nehmen wir als Beispiel die baden-württembergische Schulpolitik. Das Land hatte bei der letzten Schulleistungsstudie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen in den Grundschulfächern Deutsch und Mathematik erschreckend schlecht abgeschnitten und war von den vorderen Plätzen ins Mittelfeld abgerutscht. Was will die Regierung unternehmen? Sie will sich vom Konzept „Schreiben nach Gehör“ abwenden, zentrale Klassenarbeiten einführen und einen klar angeleiteten Unterricht etablieren – alles sinnvolle Ansätze.

Eine Vorgabe ist aber auch der Übergang von der pädagogischen zur „datengestützten Schule“, wofür eigens zwei neue Institute gegründet wurden: das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung und das Institut für Bildungsanalysen. Deren Aufgabe ist das sogenannte Bildungsmonitoring. Dafür müssen im Rahmen regelmäßiger Lernstandserhebungen und Schulleistungsvergleiche möglichst viele Daten gesammelt werden. Man ist also dabei, eine regelrechte Testindustrie aufzubauen, eine Datensammel-Infrastruktur auf Basis des gezielten Einsatzes digitaler Geräte mit permanentem Rückkanal für Nutzerdaten. Das übergeordnete Ziel ist die standardisierte „Produktion“ von abprüfbaren Lernleistungen und das Paradigma des kybernetischen „Messens, Steuerns, Regelns“, ein Konzept also, das schon in den 1960er und -70er Jahren als kybernetische Pädagogik entworfen wurde.

Mit dem Unterschied, dass das damals noch unter Science-Fiction lief …

Die „Zukunft“ ist in vollem Gange. Hamburg setzt schon seit sieben Jahren auf landeseigene, jährliche Tests, entwickelt durch das Institut für Bildungsmonitoring und Qualitätsentwicklung. Die Ergebnisse werden an Schulleitungen, Fachlehrer, Tutoren, Klassenlehrer, Schulaufsicht, Eltern und Schüler weitergegeben. Auf Basis der Daten sollen Konzepte und Methoden zur Steigerung des Lernniveaus entwickelt werden, die nach zwölf Monaten wieder per Test abgeprüft werden. Hamburgs Schulsenator Ties Rabe spricht vom „Prinzip der freundlichen Belagerung“. Weitere Merkmale dieser Verbetriebswirtschaftlichung sind die Stärkung der Schulleitungen, unsinnige Leistungsvereinbarungen, für die irgendwelche Parameter wie die Anzahl der betreuten Schülerinnen und Schüler als Basis dient, die Rekrutierung von „pädagogischem Personal“ statt Lehrkräften und letztlich die Kontrolle und Steuerung der Lehrenden wie der Lernenden als übergeordnetes Ziel.

Was bedeutet das für die Institution Schule, für die Lehrenden und Lernenden, für die Pädagogik, wenn dieser Weg wirklich beschritten wird?

Es muss einem klar sein: Kennzahlengesteuerte Schulen ändern sich in ihrem Charakter und Selbstverständnis. Sie arbeiten auf Testergebnisse hin wie börsennotierte Unternehmen auf die Quartalszahlen. Man etabliert ein Regime der Kennzahlen durch permanente Kontrolle, kleinteilige Tests, Rankings, sinnlose Wettbewerbe und die Entsolidarisierung innerhalb der Kollegien sowie der Schülerschaft. Wer soziale Einrichtungen nach Kriterien des Qualitätsmanagements ausrichtet, zerstört daher das Soziale dieser Einrichtungen. Aber das ist ja genau die „hidden agenda“ neoliberaler Konzepte. Sozial vereinzelte und untereinander in permanentem Wettbewerb stehende Individuen solidarisieren sich nicht und sind so leichter manipulier- und steuerbar.

Wo bleibt bei all dem der Pädagoge?

Die Bildungsforscherin Sigrid Hartong von der Hamburger Helmut Schmidt Universität hat die Entwicklung unter dem Titel „Wir brauchen Daten, noch mehr Daten, bessere Daten“ kritisch beleuchtet. Unter anderem verweist sie auf die Entstehung neuer Arbeitsplätze für Testmanager, für Qualitätsmanager zur Standardisierung der Tests, für Data-Stewards, die die objektive Eingabe der Daten überwachen, oder für Error-Management-Experten. Dorthin fließen schon heute die Ressourcen statt in Stellen für neue Lehrer, Sozialarbeiter oder Schulpsychologen. Die pädagogische Arbeit im Klassenzimmer gerät damit natürlich noch stärker ins Hintertreffen.

Zurück zum Digitalpakt Schule, der am Freitag mit dem Votum des Bundesrats endgültig besiegelt wurde. Sie behaupten also, der eigentliche Zweck des Projekts ist die Vermessung und – weitergedacht – die Verwertung von Kindern mit Blick auf ihre spätere „Employability“, also Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt?

Es geht um zwei Aspekte. Das eine ist die zunehmende Amerikanisierung der Bildungseinrichtung, also Privatisierung und Kommerzialisierung. Dafür steht der Begriff Bildungsmarkt, der nach den neoliberalen und marktradikalen Parametern umgestaltet und bespielt wird. Das zweite ist die „Zurichtung von Humankapital“ mit validierten Kompetenzen nach der Humankapitaltheorie, etwa nach Gary Becker, wonach Bildung nur eine Ressource ist, die nach Kosten-Nutzen-Kalkül eingeplant wird. Nach dieser Logik ist der Mensch nicht als Person, sondern nur

anhand seiner Arbeitskraft und Leistung relevant. Und wie bei allen Produktionsparametern braucht man möglichst exakte Angaben über Leistungs- und Belastungsfähigkeit, vorhandene und mithin erlernbare Kompetenzen, aber auch Informationen über psychometrische Aspekte wie Frustrationstoleranz oder Stressresistenz. Daher werden bei diesen Tests eben nicht nur bestimmte Fertigkeiten abgeprüft, sondern auch Aspekte der Persönlichkeit bis hin zur Vermessung von Emotionen. Das klingt absurd und ist inhuman, aber exemplarisch nachzulesen bei Bill Gates: „In Zukunft werden wir Benutzer wie Computer behandeln: beide sind programmierbar."

Also auch Kinder?

Man muss das im Kontext von Kita, Schule und Hochschulen konsequent zu Ende denken. Kinder und Jugendliche werden programmiert wie Maschinen und Programmierer beziehungsweise deren Auftraggeber entscheiden, was sie lernen sollen. Das hat dann rein gar nichts mehr mit der Vorstellung einer allgemeinbildenden Schule zu tun, die das Ziel verfolgt, junge Menschen zu Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit zu führen, sie neugierig und wissbegierig zu machen, damit sie sich aus eigenem Antrieb mit Themen beschäftigen. Man denke nur an die Kids, wie sie an den Tablets konzentriert und mit voller Aufmerksamkeit genau das machen, was ihnen die Apps vorgeben, um zu begreifen, dass die sogenannte „Digitalisierung von Schule und Unterricht" ganz sicher nicht das ist, was Eltern und Pädagogen wollen. Denn sie wollen eben nicht, dass ihr Kind ein Funktionsäffchen an der digitalen Leine wird, angelehnt an Eva Hellers Begriff „Konsumäffchen", das durch Werbung nach den Prämissen der Werbepsychologie gesteuert wird.

Es fällt schwer, sich vorzustellen, dass Politiker und Regierende, wie etwa die frühere Bundesbildungsministerin Johanna Wanka, die den Digitalpakt politisch angestoßen hatte, derlei Pläne im Schilde führen. Wer hat bei all dem die Fäden in der Hand? Wer sind die Profiteure?

Wer die Profiteure sind, lässt sich im Netz nachlesen: Vertreter der Global Education Industries, die die weltweiten Bildungsmärkte mit ihren Produkten und Dienstleistungen bespielen und über ihre Lobbyorganisationen und Denkfabriken gezielt Einfluss auf die Politik nehmen. Zum Beispiel stellt Bertelsmann über sich fest, „dem Segment Bildung kommt im Rahmen der Wachstumsstrategie (…) eine besondere Bedeutung zu. Es wird in den kommenden Jahren – neben den klassischen Bereichen Medien und Dienstleistungen – zu einer dritten tragenden

Säule eines internationalen und wachstumsstarken Konzern-Portfolios ausgebaut.“ Weiter heißt es, dass „Bildung auch online in guter Qualität ausgeliefert werden“ könne, sprich als Produkt, das kostenpflichtig an entsprechend konditionierte Konsumenten ausgeliefert wird. Dabei ist Bildung nie ein Produkt, sondern immer das Ergebnis von individuellen Bildungsprozessen. Aber es geht den Anbietern um Märkte, nicht um Menschen.

Politiker müssen der Propaganda der IT-Branche aber doch nicht zwangsläufig auf den Leim gehen.

Tja, aber sie tun es nun mal. Bei Frau Wanka als promovierter Mathematikerin, Professorin und ehemaliger Hochschulrektorin setze ich voraus, dass sie die Strukturen kennt und aktiv unterstützt hat, auch das Zusammenspiel von IT- und Wirtschaftsverbänden und der Politik. Und eines war ihr mit Sicherheit klar: Wer politisch Karriere machen will, muss pro digital sein, unabhängig vom tatsächlichen Nutzen.

Oder nehmen wir den grünen Ministerpräsidenten, der seit seiner Pilgerreise ins Silicon Valley das Hohelied des Digitalen singt, obwohl er es als ehemaliger Gymnasiallehrer besser wissen müsste. Jetzt liest man über Baden-Württembergs Digitalisierungsoffensive im Bildungsbereich aber, man müsse „für jede Lebensphase Antworten auf die Fragen der Digitalisierung haben – für die ganz Kleinen über die Schülerinnen und Schüler und Studierenden mit ihren Lehrkräften und Lehrenden, die Azubis, die Beschäftigten bis hin zu den Senioren“. Für jedes Lebensalter und alle erdenklichen Aufgaben gibt es scheinbar digitale Lösungen. Es ist ein absurdes Theater.

Nur wer führt Regie dabei und wie läuft das ab?

Das Muster ist immer dasselbe: Sogenannte gemeinnützige Stiftungen wie die von Bertelsmann, der Telekom oder Vodafone publizieren öffentlichkeitswirksam Studien, die einen vermeintlichen Handlungsbedarf belegen, wodurch dann politischer Handlungsdruck erzeugt wird. Die Nutznießer, etwa beim Digitalpakt, sind dann Konzerne wie die Telekom, die das WLAN für die Schulen einrichtet, oder die Bertelsmann AG, die die passenden Lehrmittel liefert.

Wer das Sagen hat in Berlin, wurde zuletzt im November daran ersichtlich, wo das Bundeskabinett seine Digitalklausur abhielt: Im Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering, das ist eine privat von SAP-Mitbegründer Hasso Plattner finanzierte

Einrichtung der Uni Potsdam. Wer die Fäden in der Hand hat und wer sich an Fäden führen lässt, wer offiziell etwas anstößt und wer den Anstoß im Hintergrund initiiert, aus welchem Grund und vor allem, zu wessen Nutzen, ist eine offene Frage. Und je nachdem, wie die Antwort ausfällt, bekommt man schnell Kontakt zu den Rechtsabteilungen der jeweiligen Interessenvertreter. Ich durfte das selbst erleben.

Viele Kinderärzte, Pädagogen, Neurowissenschaftler und Lernpsychologen bezweifeln die Tauglichkeit digitaler Medien als Lern- und Lehrwerkzeug oder warnen sogar vor gravierenden Folgen für die Kindesentwicklung. Da fragt man sich, was die Verfechter der Digitalisierung an Argumenten aufzubieten haben. Gibt es seriöse Studien, die die Bedenken der Kritiker entkräften?

Praktisch sämtliche Untersuchungen zum Thema kommen zu dem Schluss, dass sich kein Mehrwert durch den Einsatz von IT im Unterricht gegenüber analogen Lernformen belegen lässt. Schon die berühmte Metaanalyse „Visible Learning“ des neuseeländischen Pädagogen John Hattie hat gezeigt, dass Rechner und Software in Schulen nichts bringen. Eine PISA-Sonderauswertung der OECD-Studie „Students, Computers and Learning“ ergab, dass Investitionen in die IT-Ausstattung keine nennenswerten Verbesserungen der Schülerleistungen in Lesekompetenz, Mathematik oder Naturwissenschaften erbrachten. Selbst in der Telekom-Studie „Schule digital“ steht: „Die verstärkte Nutzung digitaler Medien führt offensichtlich nicht per se zu besseren Schülerleistungen. Vielmehr kommt es auf die Lehrperson an.“

Andreas Schleicher, OECD-Direktor für Bildung, formulierte es einmal so: „Wir müssen es als Realität betrachten, dass Technologie in unseren Schulen mehr schadet als nützt.“ In dieselbe Richtung gehen die BLIKK-Studie des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte sowie die Metastudien der Psychologin Jean Twenge aus den USA. Sie meint, Kinder wären nie unglücklicher gewesen als heute, und die Soziologin Sherry Turkle sagt, Digitaltechnik mache uns immer einsamer.

Wie kann es angehen, dass all das in der Öffentlichkeit komplett unterbelichtet bleibt?

Dringt einmal etwas davon durch, werden die Urheber als Alarmisten abgestempelt, als Technikverächter oder Ewiggestrige. In Deutschland hat der Psychiater Manfred Spitzer die Studienlage zusammengetragen und publiziert, zuletzt in den Büchern „Cyberkrank“ und „Smartphone-Epidemie“. Er wird dafür massiv angegriffen und

auch persönlich denunziert. Aber die Gegner sollten zumindest die Studien zur Kenntnis nehmen, auf die er sich bezieht. Belegt sind zum Beispiel die Hemmung der Sprachentwicklung, Vereinsamung und soziale Isolation, Verlust der Fähigkeit zur Empathie, Aufmerksamkeitsstörungen, gezielt adressiertes Suchtverhalten, Stress, Kopfschmerzen, Schlafstörungen. Hängen Mütter pausenlos am Smartphone, kommen frühkindliche Bindungsstörungen dazu. Und dann sind da noch Phänomene wie Cybermobbing, Cybergrooming oder Sexting, also Angriffe auf die Integrität der Persönlichkeit junger Menschen, Angriffe, die im Netz eine ganz andere Reichweite haben als im realen Leben und die Betroffenen ein Leben lang verfolgen, weil das Internet nicht vergisst.

Es ist wie bei den Kampagnen der Tabakindustrie. Verkauft wird der „Geschmack von Freiheit und Abenteuer“, also ein Lebensgefühl, dementiert werden die Fakten und die bekannten Folgen. Damit konnten Philip Morris und Co. 40 Jahre lang Milliardengewinne einstreichen, bevor endlich die Tabakwerbung verboten wurde. So arbeitet die Werbewirtschaft bis heute, wenn auch nicht mehr für die Tabak-, sondern die Digital- und Telekommunikationswirtschaft, Stichwort 5G.

Wo sind eigentlich die vielbeschworenen pädagogischen Konzepte, die den Einsatz digitaler Medien im Unterricht begleiten sollen und von denen sich Bildungsverbände und Gewerkschaften versprechen, dass damit ein verantwortungsvoller und vernunftgeleiteter Einsatz digitaler Medien zum Wohle der Schüler gewährleistet werde?

Nun ja, die werden nach fast 40 Jahren IT in Schulen immer noch gesucht oder müssen jetzt, um am Digitalpakt partizipieren zu können, aus dem Stand entwickelt werden. Das heißt konkret: Geld für Hardware, Infrastruktur und IT-Dienstleistungen ist da, Konzepte nicht. Das zeigt einmal mehr, wo die Prioritäten liegen. Wer die Schulen wirklich unterstützen wollte, würde anders vorgehen. Deutschlands Bildungseinrichtungen sind massiv unterfinanziert, Experten beziffern den Investitionsstau auf 35 Milliarden Euro. Es herrscht ein gewaltiger Lehrermangel, der sich noch verschärfen wird. Die Schulen müssen endlich besser ausgestattet werden, aber nicht mittels Knebelvertrag zur Zwangsdigitalisierung. Warum überlässt man es nicht den Schulen vor Ort, zu entscheiden, wofür sie das Geld ausgeben? Das wären dann nicht unbedingt WLAN-Router und Tablets, sondern vielleicht Bücher, Sportgeräte oder Musikinstrumente, alles Dinge, die um ein Vielfaches nachhaltiger genutzt werden können als digitale Geräte, die nach zwei Jahren kostenpflichtig als Elektroschrott entsorgt werden müssen.

Die Befürworter der digitalen Schule verweisen gerne auf Vorbilder im Ausland, etwa auf Staaten wie Holland, Australien oder Singapur. Was wissen Sie über diese Fälle?

Es wird ein großer Bohei um Vorzeigeprojekte gemacht, aber die Schulsysteme sind nicht wirklich vergleichbar oder sind einer anderen Tradition verpflichtet. Zum Beispiel steht in vielen asiatischen Ländern der Leistungsgedanke im Vordergrund. Die Schulen sind dort eher Drillanstalten als Lebensraum, mit Ganztagsschule und zusätzlicher Nachhilfe und enormem Druck von klein auf. Wollen wir das?

In Holland hat ein geschäftstüchtiger Mensch Steve-Jobs-Schulen aufgemacht und klassensatzweise iPads, Server und Softwarelizenzen verkauft. Die Schülerinnen und Schüler hat man mit all der Technik mehr oder weniger sich selbst überlassen. Diese Schulen wurden im vergangenen Jahr geschlossen, weil die minimalen Leistungsanforderungen der achten Klasse nicht erreicht wurden. In Australien wurden in den 1990er Jahren ganze Klassen mit speziell konfigurierten Laptops ausgestattet, die man auch zu Hause, aber nur für schulische Zwecke nutzen sollte. Findige Kids haben sie gehackt, Computerspiele gespielt und für andere Netzanwendungen genutzt. Die Laptops wurden dann wieder eingesammelt.

In Südkorea besitzen praktisch alle Heranwachsenden ein Smartphone und 95 Prozent sind kurzsichtig. Inzwischen wurden Gesetze zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor exzessiver Mediennutzung erlassen und auch an den Schulen ist man wieder zu analogen Lernformen zurückgekehrt. Wenn man überhaupt etwas von solchen Dingen bei uns hört, dann immer mit dem Hinweis, dass wir in Deutschland es eben besser machen müssten. Dabei wäre es am besten, es einfach bleiben zu lassen.

Dafür dürfte es jetzt zu spät sein …

Man weiß ja nie. Die holländischen Steve-Jobs-Schulen haben sich auch binnen weniger Jahre unmöglich gemacht und bisher ist noch jedes IT-Gerät im Schuleinsatz irgendwann in der Ecke eingestaubt. Aber klar, die Lage ist ernst. Die „New York Times“ hat vor einem halben Jahr einen Beitrag mit dem Titel „The Gap between rich and poor kids“ gebracht. Danach würden die Reichen dazu übergehen, Bildschirme in den privaten Schulen zu verbieten, während es andererseits staatliche Digitalkindergärten gebe. Immer mehr Kinder aus ärmeren und Mittelstandsfamilien werden demnach an Bildschirmen aufgezogen. Dagegen greife die Elite des Silicon Valley auf Holzspielzeug und den Luxus der menschlichen

Interaktion zurück. Google, Apple und Facebook wissen also ganz genau, was sie anrichten.

Sieht so also die Zukunft aus? Der Status der Eltern entscheidet darüber, ob Kinder von Menschen unterrichtet werden oder von Algorithmen? Damit sind wir wieder bei der De-Humanisierung, allerdings nicht mehr als Fiktion, sondern als Realität, zunächst noch in den USA und in der Drillvariante in Teilen Asiens. Deutschland ist noch nicht ganz so weit, aber wenn IT-Verbände und Wirtschaftslobbyisten über Investitionen in Schulen bestimmen, werden diese Szenarien auch bei uns Wirklichkeit. Chris Anderson, früherer Chefredakteur des „Wired“-Magazins, hat die Vorgänge sehr treffend in der New York Times formuliert: „Technologie ist ein riesiges soziales Experiment an Kindern.“

Titelbild: Kiselev Andrey Valerevich / Shutterstock

Zur Person: Ralf Lankau, Jahrgang 1961, ist Professor für Mediengestaltung und Medientheorie an der Hochschule Offenburg. Er leitet dort die grafik.werkstatt an der Fakultät Medien und Informationswesen, forscht zu Experimenteller Medienproduktion in Kunst, Lehre und Wissenschaft und publiziert zu Design, Kommunikationswissenschaft und (Medien-) Pädagogik. Lankau betreibt das Projekt „futur iii – digitaltechnik zwischen freiheitsversprechen und totalüberwachung“ (futur-iii.de) und ist Mitinitiator des „Bündnisses für humane Bildung – aufwach(s)en mit digitalen Medien“ (aufwach-s-en.de). Von Lankau erschien 2017 im Beltz-Verlag: „Kein Mensch lernt digital: Über den sinnvollen Einsatz neuer Medien im Unterricht“. Mitte April erscheint von Paula Bleckmann und Lankau (Hrsg): „Digitale Medien und Unterricht: Eine Kontroverse“.